

Unikliniken wollen mehr Geld für EHEC

Noch liegt keine Abrechnung vor, noch ist gar nicht absehbar, welche Gesamtkosten der EHEC-Ausbruch verursacht. Vorsichtshalber wird aber schon einmal nach mehr Geld gerufen. Vorbeugend sozusagen.

VON PETER STUCKHARD

■ **Berlin.** „Den Bauern wird eine Ausgleichszahlung von der Europäischen Union in Aussicht gestellt – die Kliniken warten bislang vergeblich auf eine Zusage von Bundesgesundheitsminister Bahr, dass ihre erheblichen Budgetdefizite durch die Versorgung schwerkranker EHEC-Patienten finanziert werden.“

So der Generalsekretär des Verbandes der Universitätsklinik Deutschlands (VUD), Rüdiger Strehl. Hat er tatsächlich Anlass, sich Sorgen um die finanziellen Auswirkungen des EHEC-Ausbruchs auf die Unikliniken zu machen?

Eine Nachfrage dieser Zeitung hat gestern ergeben: Bei zwei regionalen Kliniken und dem Universitätsklinikum Hamburg können die Controller noch keine Zahlen nennen. Eine Klinik schätzt – mit aller Vorsicht – die möglichen Kosten eines schweren Falles von HUS auf rund 100.000 Euro.

Doch die Refinanzierung könnte trotzdem gesichert sein. Wenn der VUD der Öffentlichkeit vorrechnet, dass die Kassen „nur noch 35 Prozent der Kosten tragen“, wird eine vereinbarte Zahl von Patienten überschritten, ist das schlicht Unfug. Den Kassen steht ein Abschlag von 30 Prozent zu, sie zahlen also 70 Prozent.

»So rasch wie möglich handeln«

Dazu kommt, dass bestimmte Leistungen, wie zum Beispiel die bei HUS-Kranken notwendige Blutreinigung, mit einem bundesweit einheitlichen Zusatzentgelt zwischen, je nach Fall, 1.300 und 67.000 Euro erstattet werden. Wenn also der VUD fordert, dass „sämtliche EHEC-Fälle außerhalb der vereinbarten Budgets zum vollen Preis abgerechnet werden“, handelt es sich einerseits um eine nachvollziehbare Forderung. Andererseits zeigt sich, dass sie rein politisch motiviert und nicht mit Zahlen unterlegt ist.

Aussicht auf mehr Geld haben unterdessen Europas Gemüsebauern: Nach Kritik aus den Mitgliedsstaaten hat die EU-Kommission die Entschädigung aufgestockt. Die EU-Kommission will Gemüsebauern wegen der EHEC-Krise deutlich besser entschädigen als bisher geplant. Für Umsatzstrafen sollen die europäischen Landwirte 210 Millionen Euro statt der bisher geplanten 150 Millionen Euro erhalten. „Wir müssen so rasch wie möglich handeln“, sagte EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloș in Brüssel. „Das Geld wird bis Juli bereitstehen.“ Die EU-Staaten müssen dem Vorschlag noch zustimmen. Am nächsten Dienstag werden Experten der Mitgliedsstaaten in Brüssel zusammenkommen. Auch eine neuerliche Aufstockung der Hilfen schloss Cioloș nicht aus. „Wir werden die Situation Ende Juni bewerten – wenn nötig, kann die Maßnahme verlängert oder andere Quellen mobilisiert werden.“

Wegen der Suche war der Absatz von frischem Gemüse europaweit eingebrochen. Welche Summen die Bauern in einzelnen Ländern von der EU erhalten, ist offen. Insbesondere Spanien hatte mehr verlangt und die Einbußen seiner Gemüsebauern auf 200 Millionen Euro pro Woche beziffert, nachdem deutsche Behörden vor dem Verzehr spanischer Gurken gewarnt hatten.

Ein Mädchen namens Angela

Präsident Barack Obama zeichnet Bundeskanzlerin Merkel mit US-Freiheitsmedaille aus



Bei einem festlichen Staatsbankett vor 250 geladenen Gästen im Rosengarten des Weißen Hauses hat US-Präsident Barack Obama Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die US-Freiheitsmedaille überreicht.

VON GREGOR WASCHINSKI UND ELLEN HASENKAMP

■ **Washington (AFP).** Barack Obama steht hinter einem massiven Holzpult, die Abendsonne taucht den Rosengarten des Weißen Hauses in ein warmes Licht. In diesem romantischen Ambiente wirkt der Präsident der Vereinigten Staaten fast wie ein Märchenonkel, als er von jenem „jungen Mädchen namens Angela“ spricht, das einst hinter dem Eisernen Vorhang lebte und dann als erste Frau und Ostdeutsche in das Kanzleramt der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland einzog. Doch mit der Geschichte drückt Obama seine tiefe Wertschätzung aus: Er überreicht Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Freiheitsmedaille, die höchste zivile Auszeichnung der USA. Die Kanzlerin sei eine „eloquente Stimme für Menschenrechte und Würde weltweit“, lobt er. Merkel erhielt den prestigeträchtigen Orden als erste zweite Deutsche nach Ex-Kanzler Helmut Kohl, der 1999 für seine Verdienste um die deutsche Einheit und die europäische Einigung ausgezeichnet wurde.



Prächtige Kulisse: Kanzlerin-Gatte Joachim Sauer (o.), Michelle Obama, Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama (oben, v. l.) vor dem Weißen Haus mit Ehrengarde.

Vertraut: Merkel (l.), Obama mit der Freiheitsmedaille und beim informellen Abendessen im Washingtoner Nobel-Restaurant „1789“ (u.).

Illustre Gesellschaft: Unter den Gästen des Banketts sind auch Liz Mohn (weißes Kleid), Bertelsmann-Matriarchin (rechts oben), und Ex-Bundestrainer Jürgen Klinsmann (r.).

Festliche Robe: Präsidentengattin Michelle Obama, Kanzlerin Angela Merkel.

FOTOS: DPA, RTR (2), AFP (2)

EXTRA 3

Zitat des Tages

»Ich finde es fast schon unerträglich, wie alle möglichen selbsternannten Experten alle möglichen wahnsinnigen Theorien in die Welt setzen – das verunsichert die Verbraucher mit Sicherheit am allermeisten.«

Ilse Aigner (CSU), Bundeslandwirtschaftsministerin, im Bundestag zum Umgang mit der EHEC-Krise

Zahl des Tages

88,2

Prozent

der Familien in Deutschland essen am Abend nach Möglichkeit gemeinsam. Das hat eine repräsentative Umfrage der GfK-Marktforschung ergeben. Für wichtig halten viele auch das Feiern von Geburtstagen: 82,7 Prozent der Befragten gaben an, dass diese Tage gebührend gefeiert werden. Der Kirchengang gehört dagegen für die wenigsten zum wöchentlichen Ritual. Nur jeder achte Befragte (11,8 Prozent) geht sonntags zum Gottesdienst. Im Auftrag des Magazins „Baby und Familie“ wurden 1.353 Männer und Frauen ab 14 Jahren befragt.

Kopf des Tages



Hans-Peter Friedrich

Der Bundesinnenminister (54, CSU) ist ein Fan des Leinwand-Sheriffs John Wayne. Das sagte Friedrich der Wochenzeitung *Die Zeit*. „Ich möchte schon immer Filme, in denen das Gute und das Böse ganz klar abgrenzbar sind. Gut und Böse, und das Gute gewinnt. Das ist mein Ideal“, sagte der Innenminister. Problemfilme dagegen lägen ihm nicht so. Der in Franken geborene Hans-Peter Friedrich wurde nach dem Rücktritt von Karl-Theodor zu Guttenberg plötzlich Innenminister und ist an diesem Freitag 100 Tage im Amt.

„Die Energiewende ist erst der Anfang“

INTERVIEW: Parteienforscher Lothar Probst sagt den Grünen nicht erst seit dem Atomstopp eine steigende Wählerschaft voraus

Die Grünen im Glück: Mit dem vom Bundeskabinett beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie wurde eines ihrer zentralsten Ziele erreicht. Professor Lothar Probst vom Institut für Politikwissenschaften an der Universität Bremen schätzt im Gespräch mit *Anne-Lena Jaschinski* die gegenwärtige Lage der Partei ein.

Herr Probst, mit dem Ausstieg aus der Atomenergie haben die Grünen ein lang verfolgtes Ziel erreicht. Sind sie auf dem Weg, eine neue Volkspartei zu werden?
LOTHAR PROBST: Mit diesem Etikett sollte man vorsichtig umgehen, die Grünen selbst lehnen es ausdrücklich ab. Dennoch kann man nicht abstreiten, dass sie in jüngster Vergangenheit in neue Dimensionen vorgestoßen

sind und schon lange keine ökologische Nische mehr besetzen.

Die Kehrtwende in puncto Atomenergie kommt ihnen da gerade recht.

PROBST: Die Grünen waren schon immer gut in urbanen Milieus situiert. Großstädter, junge und gebildete Bürger und darunter besonders junge Frauen, haben schon lange vor Fukushima überproportional Grün gewählt. Jetzt dringt die Partei langsam auch in gutbürgerliche Kreise vor, etwa hier in Bremen. In diesem Jahr zählten die Grünen außer in Hamburg bei allen Wahlen zu den Gewinnern. Dabei haben sie zweimal sogar eine der beiden klassischen Volksparteien hinter sich gelassen.

Das heißt, auch ohne Fukushima hätten die Grünen zugelegt?

PROBST: Ich denke schon. Die Grünen wären sogar noch erfolgreicher, wenn sie bei den Über-

60-Jährigen besser abschneiden würden. Diese Wähler sind bisher noch die Domäne der CDU und SPD, aber langsam rückt auch ein Teil der Grünen-Wähler in die Gruppe der über 60-Jährigen auf. Wenn sie dann, wie bisher, auch bei jüngeren Wählern stark bleiben, ist das



Grünen-Experte: Lothar Probst von der Universität Bremen. FOTO: PRIVAT

ein entscheidender Vorteil.

Manche sagen auch, dass die Grünen mit dem Ausstieg aus der Atomenergie ihr Ziel erreicht hätten und ihnen alles andere nun wegbreicht...

PROBST: Natürlich ist damit eine Kernforderung der Grünen erfüllt. Mit der Energiewende ist aber eine grundsätzliche Wende in der ganzen Industriepolitik verknüpft. Insofern ist die Energiewende erst der Anfang eines großen Reformprogramms – im Grunde eine Jahrhundertaufgabe. Wenn die Grünen der Motor dieses „grünen“ Umbaus bleiben, werden sie auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen.

Auf welche Themen sollten sich die Grünen jetzt konzentrieren? Sollten sie sich etwa wie in der Vergangenheit stärker pazifistisch zeigen?

PROBST: In diesem Punkt hat sich die Position der Grünen be-

reits in den vergangenen Jahren verschoben, und militärische Auslandseinsätze werden sogar befürwortet, wenn es um den Schutz von Menschenrechten geht. Die Umwelt- und Klimapolitik, die Bildungspolitik und der Verbraucherschutz werden auf jeden Fall Kernanliegen der Grünen bleiben. Auch soziale Gerechtigkeit ist für die Mitglieder und Wähler sehr wichtig. Ein weiteres Themenfeld ist die Bürgerbeteiligung – also die Einbeziehung in Entscheidungen, wie es etwa bei Stuttgart 21 gefordert wird.

Was müssen die Grünen tun, um ihre Erfolgsgeschichte aufrechtzuerhalten?

PROBST: Es gibt vier Faktoren, die für die nächste Zeit wichtig sind. Schafft es Winfried

Kretschmann beim Regierungsexperiment in Baden-Württemberg, die Wählererwartungen, gerade auch die der neuen Wähler, zu erfüllen, wird sich das bundesweit positiv auf die Partei auswirken. Außerdem kommt es darauf an, wie sie sich zum Atomausstieg verhalten. Eine reine Oppositionshaltung würde von vielen Wählern nicht verstanden. Ein weiterer Punkt ist, dass die Parteispitze auch in Zukunft Teamfähigkeit beweist und die Grünen geschlossen in die weiteren Wahlkämpfe ziehen.

Und der letzte Punkt?
PROBST: Die Grünen sind die einzige Partei, die noch nie durch größere Korruptionsskandale aufgefallen ist. Das bringt ihnen Kredit bei den Wählern ein.

